

ZWISCHENRUF

Sondernummer Schulpolitik



Ortsverband Gleichen

Liebe BürgerInnen und Bürger der Gemeinde Gleichen,

wir wünschen Ihnen für 2004 Gesundheit, Frieden, Zufriedenheit und Glück.



Gartebrücke schließt Lücke

Vera Oesterle, Frank König (Rat der Gemeinde)
Jörg Klapproth, Matthias Grün und Ingo Voges
(Parteivorstand), Stefan Wenzel (MdL)

Liebe BürgerInnen und Bürger,

wir wollen an dieser Stelle nicht über die Haushaltslage klagen, sondern unser Augenmerk darauf legen, was in unserer reichen Gesellschaft schief läuft. Im Bildungsbereich werden auf allen Ebenen neue Prioritäten gesetzt und zum großen Teil mit dem Sparzwang begründet. Die Veränderungen betreffen unsere Kindergärten und Schulen in Gleichen, aber auch die weiterführenden Schulen in Landkreis und Stadt. Deshalb haben wir uns entschlossen eine Sondernummer des Zwischenrufs zum Thema Schule zu machen.

Eine kleine Geschichte

Einer außerirdischen Beobachterin unserer Medien muss es so vorkommen, als wenn Sozialhilfeempfänger, Kranke und Arbeitslose unser System ruinieren und die Kassen geradezu ausplündern. Selbst Arbeitnehmer sind scheinbar nur noch belastende Faktoren für die Gewinne der Aktienunternehmen. Schaut die Außerirdische mit dem Teleskop auf dieses Land sieht sie, wie immer mehr von der alten Struktur verschwindet. Der Schwarm am Himmel sind keine Vögel, sondern Maschinen die riesige Kondensstreifen hinter sich herziehen. Der Blick durch diesen Schwarm

hindurch auf das Land ist immer weniger möglich. Dunkle Streifen durchziehen in zunehmender Größe und Anzahl das Land. Auf diesen Streifen wälzt sich träge eine immer größer werdende Masse dahin.

Der Gott, dem die Menschen huldigen, scheint „grenzenloses Wachstum“ zu sein.

Da scheinbar Kranke, Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger und zunehmend auch Schüler und Studenten als Kostenfaktoren dieses Wachstum behindern, werden diesen Menschen Mittel entzogen. Das findet unsere Außerirdische ungerecht, da sie ihre Hoffnungen auf diese Gruppen setzt, denn wenn sie das Prinzip richtig verstanden hat, dann sind diese ihre einzige Hoffnung. Grenzenloses Wachstum bedroht ja schließlich auch ihren Lebensraum und da ist sie ganz eigennützig.

Soweit die kleine Geschichte

„Grenzen des Wachstums“ ???

Heute sprechen Wirtschaftswissenschaftler davon, dass mindestens 2,5% Wachstum notwendig sind um auch nur einen zusätzlichen Arbeitsplatz zu schaffen. Durch Rationalisierung wird diese Schwelle beständig und immer schneller angehoben. Menschliche Arbeitskraft wird immer weniger benötigt. Vor allem wird sie dort am wenigsten benötigt, wo ein geringes Qualifikationsniveau erforderlich ist. Der Garant für zukünftige Wettbewerbsfähigkeit wird ein immer höheres Qualifikationsniveau sein. Gesellschaften, die nicht alles daran setzen, all ihren Mitgliedern eine gute Ausbildung zu gewährleisten, geben ihren Zusammenhalt auf. **Hier ist unser Land auf einem schlechten Weg und Niedersachsen auf einem ganz schlechten Weg.**

Statistiken zeigen, dass die soziale Schieflage zunimmt. Und dazu dann noch die Meldungen im Juni, dass das deutsche Bildungssystem im internationalen Vergleich nicht nur schlecht abschneidet, sondern dass die Qualität des Schulabschlusses in kaum einen Land so abhängig vom Geldbeutel ist wie bei uns.

Bildungsnotstand

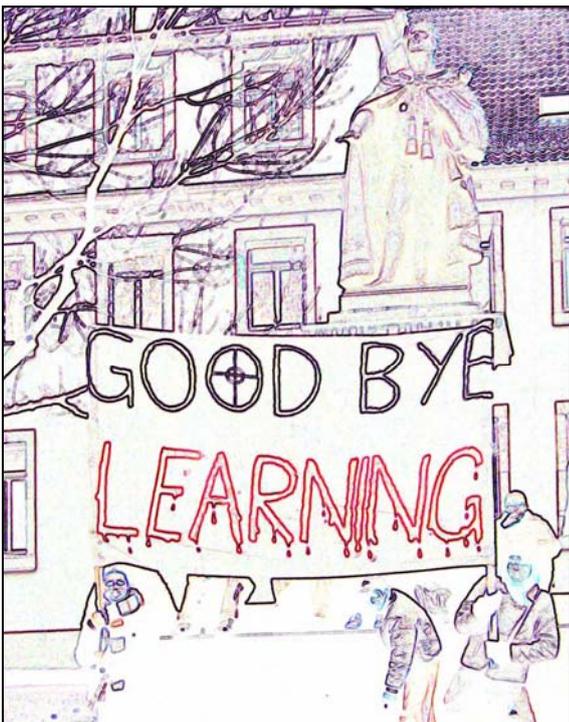
Die „Klassenbesten“ der Pisa – Studie unterscheiden sich neben der besseren sozialen Verteilung guter Abschlüsse vor allem durch einen Punkt: Die SchülerInnen werden nicht schon nach der 4. Klasse aufgeteilt. Hier müssen doch bei uns in Niedersachsen die Alarmglocken klingeln und die Schlagzeile müsste heißen:

„SKANDAL: CDU UND FDP MISSACHTEN ELEMENTARE ERGEBNISSE DER PISA-STUDIE“.

Mehr noch als heute wird gelten:

Sag mir, wie viel Geld deine Eltern haben und ich sage dir, welchen Schulabschluss du erreichen kannst.

Die Landesregierung ignoriert nicht nur die Ergebnisse der Pisastudie und nachfolgender Studien, sie macht einen Rückschritt in die 60er Jahre. Die letzte CDU-Regierung unter Ernst Albrecht hatte es versäumt zeitgemäße Kindergärten und Vorschuleinrichtungen zu schaffen und hinterließ einen Investitionsstau, der Kommunen und Land über ein Jahrzehnt horrenden Kosten aufhalste. Die jetzige Landesregierung ist auf dem besten Wege ähnlichen Schaden anzurichten. Das schlimmste an der gegenwärtigen Politik ist, dass das Geld, welches für Schulen ausgegeben wird, für falsche Maßnahmen verschleudert wird. **Diese Art von Bildungspolitik lässt sich nicht einmal mit dem allgemeinen Sparzwang begründen, diese Politik ist Ergebnis der ideologischen Prägung ihrer Protagonisten.**



DIE GRAUSAMKEITEN UND IHRE AUSWIRKUNGEN

In Anbetracht der erheblichen Verschlechterung des Schulangebots ist es Hohn, wenn Herr Busemann sagt: "Wir wollen die individuelle Förderung unserer Schülerinnen und Schüler und die Bildungsqualität an unseren Schulen verbessern."

Dem stehen viele Maßnahmen konträr entgegen:

- **Integrative Modelle und Förderkonzepte** werden gekappt.
- Die **Klassenstärke** wird erhöht.
- In der 4. Klasse müssen LehrerInnen und Eltern jetzt entscheiden, auf welche weiterführende Schulform (Haupt-/ Realschule oder Gymnasium) die Kinder gehen.
- Die **Lernmittelfreiheit** wurde abgeschafft. Alle Bücher müssen wieder von Ihnen als Eltern gekauft werden. (ca. 200 € pro Schuljahr Zusatzkosten)
- Die Landesregierung will die Schulstrukturen im Wesentlichen **ohne zusätzlichen Raumbedarf** bewältigen. Die Folgekosten werden allein den Kommunen auferlegt.
- Die Schulträger werden durch das neue Gesetz verpflichtet, für den Sekundarbereich I wieder **Schulbezirke** festzulegen. Die Einzugsbereiche für Stadt und Landkreis sind bereits neu festgelegt worden und schränken den „freien Elternwillens“ deutlich ein.
- Die Kosten der **Schülerbeförderung** – sollten um **20 Mio € gekürzt** werden. Aufgrund massiver Proteste der grünen Landtagsfraktion und der Verkehrsunternehmen wurde diese Bedrohung zunächst abgewendet. Vor allem im ländlichen Raum (z.B. in Gleichen) wäre es dadurch zu Angebotsverschlechterungen und zu höheren Kosten für Eltern und Kommunen gekommen.
- Ein Erlass, der am 9. Januar 04 zur Abstimmung ansteht, sieht eine **geringere** LehrerInnenversorgung vor.
- Das Schulgesetz definiert Gesamtschulen nicht mehr als Regelschulen. Neue Gesamtschulen soll es nicht mehr geben. Bestehende sind aktuell durch massive Kürzungspläne (bis zu 15%) in ihrer Substanz ganz wesentlich bedroht. Die Fächer und Bereiche, die über die Kernfächer hinausgehen - Kulturfächer wie Kunst und Musik - versinken in der Bedeutungslosigkeit.

All dies wird als erste richtige Schulreform nach 50 Jahren angepriesen. Vielmehr ist es aber die Schule der 50iger Jahre des vergangenen Jahrhunderts, die hier wieder aufersteht.

Man scheint sich einig zu sein, dass es richtig ist den Druck zu erhöhen und schon wird mehr gelernt. Dies ist völlig widersinnig, denn gelernt wird in einer vertrauensvollen unterstützenden Situation, die Persönlichkeitsentwicklung zulässt und somit die entscheidende Voraussetzung für Wissensvermittlung ist.

Die neue Landesregierung trägt mit ihrer „Bildungslücke“ in keiner Weise den Erkenntnissen internationaler und nationaler Bildungsstudien Rechnung, obwohl sie dies einfach frech behauptet.

SCHULPOLITIK IN GLEICHEN

In Gleichen erleben wir gerade wie auf den „Sparzwang“ reagiert wird und was auf die Kinder und Eltern zukommt. Die Auseinandersetzung um die Öffnungszeiten der Kindergärten und deren Finanzierung zeigt, dass es auch hier nur darum geht Kosten zu sparen und nicht darum auf die gestiegenen Anforderungen an die pädagogische Arbeit im Kindergarten zu reagieren.

Auch die laufenden Diskussionen um die Schulentwicklung in Gleichen zeigen zunächst nur eines sehr deutlich: Es gibt kein erkennbares mittelfristiges Konzept, wie die Schulen in Gleichen auf die demographische Entwicklung und die gestiegenen Qualitätsanforderungen eingestellt werden sollen.

Mit dem fragwürdigen Ansatz einer vierjährigen Grundschule werden wir, aufgrund der Mehrheitsverhältnisse im Land, zunächst leben müssen. Das muss aber auch heißen, dass wir unsere Kindergärten und Grundschulen auf die gestiegenen Anforderungen einstellen. Unsere Kinder müssen nach 4 Jahren Grundschule auf die Herausforderungen des Schulwechsels eingestellt sein. Elementare Voraussetzung dafür ist aber auch, dass die Kinder entsprechend ihrer verschiedenen Voraussetzungen und Fähigkeiten gefördert werden.

Vorschlag zur Schulentwicklung der Gemeinde Gleichen

Hintergrund:

Die PISA und IGLU-Studien beschreiben u.a. die gewaltigen Herausforderungen für die qualitativ-pädagogische Entwicklung im Grundschulbereich. Im Bericht der Unternehmensberatung MCKinsey wird die „zu frühe Differenzierung der Schultypen“ und die elitäre Philosophie im deutschen Schulsystem kritisiert.

Die niedersächsische Schulreform ignoriert diese Erkenntnisse und verlagert die Entscheidung über die weiterführende Schule in das vierte Schuljahr. Dadurch wird der Druck auf die Grundschul Kinder verschärft. Dieser Druck schafft erhebliche, zusätzliche Erfordernisse für die individuelle Förderung unserer Kinder. Ohne eine deutliche Qualitätssteigerung in der Grundschule werden auf jeden Fall die schwächeren SchülerInnen auf der Strecke bleiben.

Die Gemeinde Gleichen ist Schulträger für die fünf Grundschulen in Bremke, Reinhausen, Kerstlingerode, Diemarden und Groß Lengden. Die Auslastung der Schulen ist kurz- und mittelfristig durch gegenläufige Entwicklungen geprägt, die auf eine rückläufige demographische Entwicklung und die Schaffung von großen Neubaugebieten in den stadtnahen Orten zurückzuführen ist.

Weder über die erforderlichen qualitativen Standards, noch über die die räumlichen Erfordernisse gibt es eine qualifizierte Debatte. Sind Konzepte, die auf variierende Schuleinzugsbereiche auch mitten durch kleine Dörfer hindurch setzen, wirklich Lösungen? Lassen sich mit solchen Modellen überhaupt die fünf Gleichener Schulen retten?

Gerade bei der gegenwärtigen Finanzsituation können wir es uns nicht leisten, viel Geld in Fehlversuche zu investieren. Das Mindeste, was Eltern angesichts der falschen landespolitischen Vorgaben verlangen können, sind hochwertige Kindergärten und Grundschulen mit gut ausgebildeten und angemessen bezahlten PädagogInnen und ErzieherInnen. Sie können auch verlangen, dass ausreichend Steuermittel zur Verfügung stehen dies zu finanzieren und nicht zunehmend mehr Engagement von Eltern fehlende Ausstattung ersetzt.

Wir von BG90 / Die Grünen stehen nach wie vor für die 6-jährige „Integrierte Grundschule“ und werden uns auf allen Ebenen weiter in diesem Sinne einsetzen. Auch für weitergehende Konzepte wie die Integrierten Gesamtschulen werden wir uns einsetzen.

Mittelfristig wird sich die rückläufige demographische Entwicklung auf alle Schulen auswirken und kann zu einer Gefährdung von Schulstandorten führen. So sind wir bereits heute gefordert, nicht mehr nur auf aktuelle Schülerzahlen zu reagieren, sondern verstärkt an mittelfristigen und langfristigen Schulkonzepten zu arbeiten. Es wird uns durch neue Baugebiete höchstens gelingen im stadtnahen Bereich die Schülerzahlen auf etwas geringerem Niveau als heute zu stabilisieren.

Die Entwicklung der Neubaugebiete in Klein- und Groß Lengden führt aktuell zu Überlastungen an der Grundschule Groß Lengden. Diese Überlastung wird vier bis fünf Jahre anhalten. In Bremke sind die SchülerInnenzahlen bereits stark rückläufig.

In der Gemeinde Gleichen gibt es an einigen Schulen eine sonderpädagogische Grundversorgung (IK und RIK), Förderunterricht, Betreuungsunterricht und Arbeitsgemeinschaften. Das Angebot geht in der Regel auf Initiativen aus Lehrer- bzw. Elternschaft zurück. Eine qualitative Entwicklungsplanung der Gemeinde gibt es bislang nicht. Außerdem fehlen Ganztagsangebote.

Der Gemeinderat hat kürzlich beschlossen, dass der Schuleinzugsbereich der Schulen von Groß Lengden und Diemarden verändert werden soll. Die Kinder aus Klein Lengden sollen auf Groß Lengden und Diemarden verteilt werden. Im Schuljahr 04/05 soll die erste Klasse in Diemarden zweizügig gestaltet werden, im Schuljahr 05/06 soll Groß Lengden zweizügig geführt wer-

den. Anschließend sollen die Klein Lengder Kinder offenbar wählen können. Die Gemeinde will an der Grundschule Diemarden einen zusätzlichen Klassenraum schaffen. In Groß Lengden ist kein Ausbau geplant, obwohl hier ebenfalls mindestens ein Raum fehlt, um die sonderpädagogische Grundversorgung (IK und RIK), Förderunterricht, Betreuungsunterricht und Arbeitsgemeinschaften halten zu können. Zudem wird heute eine vierte Klasse in einem viel zu engen Gruppenraum unterrichtet.

Vor diesem Hintergrund halten wir folgende Maßnahmen für erforderlich:

1. Schaffung eines Schulverbundes zwischen Groß Lengden und Diemarden mit einer Schulleitung, um für die Zukunft ein möglichst optimales Angebot für die Kinder aus Diemarden, Klein Lengden und Groß Lengden mit einer sonderpädagogischen Grundversorgung (IK und RIK), Förderunterricht, Betreuungsunterricht und Arbeitsgemeinschaften an beiden Standorten halten bzw. schaffen zu können. Inwieweit an beiden Standorten langfristig für alle Jahrgänge Angebote stattfinden können, ist zu prüfen. Ziel sollte es bleiben, den Kindern eine möglichst lange Zeit in ihren Ortsteilen zu ermöglichen. Ein hin und her bei der Zuordnung zu den Schulstandorten ist auf jeden Fall zu vermeiden.
2. Bau mindestens eines zusätzlichen Klassenraumes in Diemarden und Prüfung der Möglichkeit zur befristeten Aufstellung eines Klassenraum-Containers neben der Turnhalle in Groß Lengden. In der Folge muss der Schulhof der Grundschule Groß Lengden in Richtung Feld erweitert werden. Zur Finanzierung bzw. bis zur abschließenden Klärung sind die Maßnahmen zur Umgestaltung des Bolzplatzes in Groß Lengden und zur Überdachung von Teilen des Schulhofes in Diemarden zurückzustellen (29.000 Euro).
3. Prüfung der Kosten und der Voraussetzungen zur Bildung einer Grundschule mit Ganztagsangebot in Diemarden.

Insgesamt halten wir es für dringend geboten auch an den anderen Schulstandorten in ein Gespräch über die mittel- und langfristigen Perspektiven zu kommen um auch in Zukunft qualitativ hochwertige Schulen mit zeitgemäßen Angeboten und zeitgemäßer Ausstattung zu haben.

P.S.: Wussten Sie schon, dass es Politiker und Verwaltungschefs gibt, die selbst bei einer Verdoppelung der Kosten Umgehungsstrassen bauen würden. Da sind dann die Kosten für Radwege - auch wenn sie doppelt so hoch sind - noch Peanuts.



Die Schule der Zukunft wird ganz anders sein, wenn sie gut sein soll. Und sie muss gut sein. Ein Ort des Lebens, des Lernens, des Forschens und des Spielens mit fröhlichen Kindern und Jugendlichen und zufriedenen LehrerInnen, die keinen Gedanken an die Frühpensionierung verschwenden. Ein Ort - mitten in der Gesellschaft - der kindliche Offenheit, kindlichen Sinn für Gerechtigkeit und kindlichen Mut Neues zu wagen auch in die Gesellschaft hineinträgt.

Eine Schule ohne Dreiviertelstundentakt. Eine Schule, die soziale Verantwortung fördert und auch die Schwächsten mitnimmt. Eine Schule mit Schulgarten, vielen Musikinstrumenten, Kinderzirkus, Waldklassenzimmer und europäischer Partnerschule zum Sprachenlernen. Eine Schule mit Epochenunterricht, damit Zusammenhänge wieder erkennbar werden. Ein Ganztagsangebot, dass den Eltern ermöglicht, Arbeit und Familie unter einen Hut zu bringen. Eine Schule des Lebens in all seinen Facetten.

Die Qualität von Schule wird im Mittelpunkt der Diskussion über die Schule der Zukunft stehen müssen. Die Aufteilung nach Leistung auf verschiedene Schulen wird überwunden werden, weil die Kinder länger gemeinsam unterrichtet werden. Wir müssen die Schwachen fördern und wir müssen die Guten fördern, aber wir dürfen keinen fallen lassen. Die Gesellschaft wird mehr Geld in die Bildung unserer Kinder investieren und wir werden von den guten PISA -Ländern lernen.